

Sehr geehrte Frau Lampersbach, sehr geehrter Herr Dr. Jüttner, sehr geehrte Damen und Herren,

„Es ist normal, verschieden zu sein“, das hat schon im Jahr 1993 der damalige Bundespräsident von Weizsäcker zu Behinderung gesagt. Seither ist viel geschehen. 2009 hat Deutschland die UN-BRK unterschrieben. Sie ist damit geltendes Recht. Inklusion und Barrierefreiheit sind die zentralen Leitgedanken der UN-BRK. Menschen mit Behinderung sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Anderssein begreifen wir als Bereicherung im Sinne der Vielfalt. Die defizitäre Betrachtung weicht der Anerkennung. Das von Fürsorge bestimmte Denken der Vergangenheit wird ersetzt durch eine respektvolle Haltung, die die Rechte der Menschen mit Behinderung in den Vordergrund stellt. Gesellschaftliche Teilhabe und der Gedanke der Inklusion lösen Ausgrenzung und Diskriminierung ab. Unabhängige und selbstbestimmte Lebensführung sind selbstverständliche Rechte, so wie das Recht auf Freiheit und Unversehrtheit. Die UN-BRK gibt uns das Ziel vor. Wie und wie schnell wir es erreichen, das liegt bei uns.

Am Beispiel taubblinder Menschen zeigt sich besonders drastisch, wie weit der Weg noch ist. Wie ihre Lebenswirklichkeit aussieht, das haben wir heute gehört. Die aktuelle Betrachtung durch unser Sozialsystem als blind und taub führt zu Fehlversorgungen und erkennt den tatsächlichen Bedarf nicht. Durch die gleichzeitige Einschränkung beider Sinne ergibt sich eine Behinderung eigener Art. Die simple Addition 1 und 1 ergibt 2 funktioniert hier nicht. Das wurde heute deutlich.

Auch gibt es im Denken der Menschen eine Behinderung nicht, die nicht anerkannt ist. Die Erlangung bedarfsgerechter Unterstützung wird zur Tortur. Die wichtigste Leistung für taubblinde Menschen ist qualifizierte Assistenz. Dabei steht derzeit für 100 Taubblinde gerade mal 1 Assistent zur Verfügung und der zudem meist ehrenamtliche Einsatz ist keine Lösung. Der Mangel an qualifizierter persönlicher Assistenz und Beratung führt am Ende häufig zum weitreichenden Verlust der Kommunikation, vollkommener Abhängigkeit, Zukunftsängsten, dem genauen Gegenteil von dem, was die UN-BRK fordert.

"Wir müssen sehen lernen, was ist",

sagte Joachim Gauck, als ihm im Juni 2011 der Börne-Preis verliehen wurde.

Die wenigen Betroffenen, die heute hier sind, bilden die Ausnahme. Sie zeigen uns, was möglich ist. Mithilfe der wenigen, gut ausgebildeten Taubblindenassistenten/innen hat sich die Lebenssituation einiger taubblinder Menschen grundlegend verbessert. Es gibt seit einigen Jahren Ausflüge und Veranstaltungen der Selbsthilfegruppen, Wanderungen, Bootsfahrten, Wettkämpfe, Taktiltreffen oder Museumsbesuche. Menschen finden sich zusammen und versuchen, die Situation zu verbessern. Taubblinde Menschen werden selbst aktiv. In Bayern feiert die Taubblinden Regionalgruppe Oberbayern im Mai ihr 25-jähriges Jubiläum. Ihr Leiter ist heute hier. Taubblinde werden durch diese Aktivitäten sichtbar! Wo taubblinde Menschen wahrgenommen werden, lösen sie Staunen aus, so bei den Museums- oder Naturparkführern, bei Passanten, in Restaurants oder Jugendherbergen. Die Zahl der Presseberichte nimmt zu. Alle verstehen angesichts der konkreten Situation binnen weniger Minuten, dass Teilhabe ohne Assistenz unmöglich ist. Ein guter Teil der Unterschriften kommt von solchen Mitmenschen, die taubblinden Mitbürgern begegnet sind. Hunderte Kommentare in den Unterschriftenlisten spiegeln das wieder.

An dieser Stelle noch ein Zitat des – inzwischen Bundespräsidenten – Joachim Gauck:

"Das Besondere dieses Systems ist nicht seine Vollkommenheit, sondern dass es sich um ein lernfähiges System handelt."

Das Europäische Parlament hat in seiner schriftlichen Erklärung vom 1.4.2004 Taubblindheit als Behinderung eigener Art anerkannt und die Staaten aufgefordert, die Rechte der Hör- und Sehbehinderten anzuerkennen und ihnen Geltung zu verschaffen. Die Betroffenen selbst und viele Verbände wie der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband, der Deutsche Gehörlosenbund, der Gemeinsame Fachausschuss taubblind fordern bereits lange das Merkzeichen.

In der Pressemeldung vom 2.3.2011 fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte DIMR deutlich die rechtliche Anerkennung von Taubblindheit. Das DIMR betont: „Ein selbstbestimmtes Leben ist für taubblinde Menschen nur dann möglich, wenn sie im Alltag durch persönliche Assistenten unterstützt werden und frühzeitig geeignete Kommunikationsformen erlernen können.“ Auch der Bedarf an Beratungsstellen und Rehabilitation wird ausgesprochen. Die bestehenden unüberwindbaren Hürden werden vom DIMR gesehen und weiter verarbeitet.

Leider findet sich im Nationalen Aktionsplan NAP nur die ebenfalls vorgeschlagene wissenschaftliche Untersuchung zur Lebenslage "Taubblindheit" wieder. Von mehr barrierefreien Arztpraxen ist noch die Rede, explizit auch für taubblinde Menschen. Wir fragen: Wie soll das gehen und wieso Arztpraxen? Was ist mit Behörden, Banken, Geschäften? Unsere gesamte Gesellschaft wird für taubblinde Menschen nur barrierefrei mit qualifizierter Assistenz. Daran wird auch keine Studie etwas ändern.

Heute haben wir hier im Ministerium diskutiert. Das Thema Taubblindheit kommt langsam an, aber damit sind wir nicht am Ziel. Der Erfolg muss sich an den Taten messen, Verbesserungen müssen bei den Betroffenen spürbar werden.

Braucht ein blinder Mensch ein Mobilitätstraining, dann wird es relativ problemlos gewährt, denn es ist als Anspruch klar fixiert. Dasselbe gilt für den Dolmetschanspruch gehörloser Menschen. Zuordnung, Genehmigung und Erbringung von Leistungen basieren nun einmal in Deutschland auf einem Merkzeichensystem, Leistungsverzeichnissen und den Festlegungen im Sozialgesetzbuch. Wenn ein spezifischer Bedarf beschrieben ist, dann muss auch festgelegt werden, für wen er gedacht ist. In Berlin gibt es jetzt z.B. ein Taubblindengeld, aber keiner weiß, wem es gegeben werden soll. Deshalb geht es nicht ohne die Anerkennung von Taubblindheit und ein Merkzeichen TBI mit entsprechenden Leistungsverzeichnissen und Ansprüchen in den SGBs.

Dabei muss es nicht einmal viel teurer werden als heute. Wir geben schon heute viel Geld aus für die psychischen und gesundheitlichen Folgen von Kommunikationslosigkeit, Isolation und falscher Unterbringung. Im Fall Bethel, in einem Dossier im August 2011 von der FAZ veröffentlicht, waren das über 6.000 Euro jeden Monat. Ganz zu schweigen von den Folgen für den Menschen, der ein Leben lang nicht angemessen gefördert, sondern vielmehr schlecht verwahrt wurde. Wir sehen die schon heute entstehenden Kosten nicht, weil sie ohne Anerkennung von Taubblindheit gar nicht erfasst werden können. Wir sind gewissermaßen blind in Hinblick auf das, was wir anrichten.

Mehr als 14.000 Bürger unterstützen mit ihrer Unterschrift unsere Forderung nach einem Merkzeichen. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Menschen in ihrem Leben noch niemals

etwas von Taubblindheit gehört haben, ist dies ein beachtliches Votum. Ich danke allen, die unterschrieben haben. Ich danke besonders Herrn Dr. Jüttner und damit dem Paritätischen Gesamtverband, der das Anliegen sofort als berechtigt erkannt und erheblich zum Zustandekommen dieser Veranstaltung beigetragen hat. Ich danke auch den Verbänden und Organisationen wie dem DBSV, dem GFTB, dem Gehörlosenbund, die die Aktion unterstützt haben. Ich danke vielen kirchlichen Einrichtungen und den Betroffenen, den ehrenamtlichen Beratern, den Taubblindenassistenten. Bitte sehen Sie mir nach, wenn ich hier nicht alle aufzählen kann.

Sehr geehrte Frau Lampersbach, es besteht dringender Handlungsbedarf. Deshalb haben wir uns entschieden, Ihnen die Unterschriften im Rahmen des heutigen Fachgesprächs zu überreichen. Das vorhandene Wissen ist mehr als ausreichend, um schnell und richtig zu handeln. Die Macht, das einzuleiten, haben Sie mit Ihren Mitarbeitern. Wir danken Ihnen für diese Veranstaltung heute und Ihre Bereitschaft, die Unterschriften und die damit verbundene Verantwortung entgegenzunehmen. Wir danken Ihnen auch für die besondere Beachtung, die Sie dem Thema Taubblindheit schenken. Wir danken für Ihre Bereitschaft, mit dem heutigen Tag den Grundstein zu legen für Zusammenarbeit zur Verbesserung der Situation. Es ist uns bewusst, dass nicht alles von heute auf morgen geschehen kann. Wir appellieren dennoch an Sie: Handeln Sie schnell, denn es geht um schwierigste Lebenslagen.

Wenn wir einen Ertrinkenden sehen, dann helfen wir sofort. Wir machen uns keine Gedanken, was mit unserer Kleidung und dem Handy in der Jackentasche passiert. Wir verlangen auch nicht erst die Vorlage einer Auswertung, wie viele Menschen ertrinken und warum, bevor wir in das Wasser springen. Wir alle können sehen was ist und das reicht aus, um ins Wasser zu springen. Viele Ansätze wurden heute besprochen, lassen Sie uns zügig vorangehen.

Sehr geehrte Frau Lampersbach,- Herr Zelle, Herr Gräfen und ich übergeben Ihnen jetzt gemeinsam die Unterschriften für die Einführung eines Merkzeichens mit entsprechenden Leistungen zusammen mit den sehr lesenswerten Kommentaren.

Sehr verehrtes Publikum, Sie bitte ich wie schon Herr Gräfen und Herr Zelle um Ihre Unterstützung sowohl in Ihren Funktionen, in denen Sie direkten Einfluss nehmen können, als auch ganz persönlich als Mensch für die Anliegen der Taubblinden.

Vielen Dank!